

27.04.2023

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Schule und Bildung

zu dem Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/975

Gemeinsam den „New Deal“ auf den Weg bringen und ein unabhängiges Gutachten zur Bildungsfinanzierung in Nordrhein-Westfalen beauftragen.

Berichterstatter

Abgeordneter Florian Braun

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 18/975 - wird abgelehnt.

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der SPD „Gemeinsam den „New Deal“ auf den Weg bringen und ein unabhängiges Gutachten zur Bildungsfinanzierung in Nordrhein-Westfalen beauftragen.“ (Drucksache 18/975) wurde am 28. September 2022 vom Plenum an den Ausschuss für Schule und Bildung zur federführenden Beratung und an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Die antragstellende Fraktion führt aus, dass das Bildungssystem seit vielen Jahren einem stetigen Wandel unterliege. So kämen immer mehr gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie die Digitalisierung, die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz oder die Inklusion, die in der gemeinsamen Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Land und Kommunen liegen, im Bildungsbereich hinzu. Gleichzeitig sei die Aufteilung der finanziellen Lasten zwischen Land und Kommunen jedoch über die Jahrzehnte gleich geblieben.

Nicht zuletzt habe die Corona-Pandemie überdeutlich gezeigt, dass das derzeitige Finanzierungskonzept den Herausforderungen im Bildungssystem nicht gewachsen ist und mit seiner Unübersichtlichkeit wie ein Anachronismus wirke.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Landtag sofort ein unabhängiges Gutachten zur Offenlegung der Verantwortlichkeiten im Bildungsbereich zu beauftragen. Mit Hilfe des Gutachtens müsse klar werden, wie sich die bisherigen finanziellen Verantwortlichkeiten auf die Ebenen Bund, Land und Kommunen verteilen. Auf der Grundlage des Gutachtens müsse u.a. in einen Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Landtag getreten werden, wie eine Neustrukturierung der Bildungsfinanzierung zwischen Land und Kommunen gestaltet werden könnte. Dabei müsse klar werden, wo gesamtgesellschaftliche Aufgaben liegen und wer verantwortlich für ihre Erledigung sei.

B Beratung

Der Ausschuss für Schule und Bildung hat am 24. Januar 2023 eine Anhörung zu diesem Antrag durchgeführt. Der mitberatende Haushalts- und Finanzausschuss hat sich an der Anhörung nachrichtlich beteiligt.

Zur Anhörung des Antrags lagen folgende Stellungnahmen vor:

Urheber/in	Stellungnahme
Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	18/224
Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	
Städte- und Gemeindebund NRW Düsseldorf	
Helmut Seifen (OStD i.R.) Gronau	18/225

Urheber/in	Stellungnahme
Professor Dr. Martin Junkernheinrich TU Kaiserslautern Fachbereich A/RU/BI Lehrstuhl Raumökonomie und Finanzwissenschaft Kaiserslautern	18/230
Professor Dr. Janbernd Oebbecke Münster	18/222
Stadt Krefeld – Der Oberbürgermeister Stadtdirektor Markus Schön Geschäftsbereich IV - Bildung, Jugend, Arbeit, Sport, Migration und Integration Krefeld	18/221
Professor Dr. Hinnerk Wißmann Westfälische Wilhelms- Universität Münster Kommunalwissenschaftliches Institut (KWI) - Geschäftsführender Direktor Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insb. Verwaltungswissenschaften, Kultur- und Religionsverfassungsrecht Münster	18/219

Zudem hat Professorin Dr. Kerstin Schneider, Wuppertaler Institut für bildungsökonomische Forschung an der Anhörung als Sachverständige teilgenommen.

Das Wortprotokoll der Anhörung vom 24. Januar 2023 liegt als Ausschussprotokoll APr 18/144 vor.

Eine Auswertung der Anhörung erfolgte in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 26. April 2023, die abschließende Beratung und Abstimmung am selben Tage.

Die Fraktion der SPD betonte, dass die Kommunalen Spitzenverbände das bisherige Schulsystem für reformbedürftig halten. Ein Gutachten sei sinnvoll um den Reformbedarf festzustellen. Es wird um Zustimmung zum Antrag gebeten.

Die Fraktion der AfD teilte mit, dass man dem Antrag zustimmen werde.

Die Fraktion der CDU erklärte, dass das Thema sehr wichtig sei. Aber die Konzentration sollte auf den Schwerpunkt der Schulfinanzierung liegen und dieses Thema werde auch nun angegangen. Das bisherige System könne allerdings nicht über Nacht geändert werden. Gerade weil die neue Schulfinanzierung dann über Jahrzehnte gut funktionieren müsse. Man werde daher den Antrag ablehnen.

Die Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betonte ebenfalls die Wichtigkeit der Neufinanzierung und werde ebenfalls den Antrag ablehnen.

Die Fraktion der FDP hob hervor, dass man zwar dem Antrag zustimmen werde, aber sehr gern längerfristig eine Expertenkommission implementieren würde.

Zur vollständigen Diskussion wird auf das später vorliegende Ausschussprotokoll APr 18/228 verwiesen.

Der mitberatende Haushalts- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 2. März 2023 seine Beratungen ohne die Abgabe eines Votums abgeschlossen.

Über den Antrag, Drucksache 18/975, wurde im federführenden Ausschuss für Schule und Bildung am 26. April 2023 abgestimmt.

Bei der Abstimmung wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD, der FDP und der AfD abgelehnt.

Florian Braun
Vorsitz